

Der Durchbruch des Prinzen

SPIEGEL-Redakteur Hartmut Palmer über den Aufstieg des FDP-Fraktionschefs Hermann Otto Solms

Es war einmal ein Prinz. Der wollte hoch hinaus. Deshalb hielt er sich immer bescheiden im Hintergrund. Weil er zu Hause aber der Jüngste war und der älteste Bruder, der „Fürst“, alles geerbt hatte, zog er aus, sein Glück anderswo zu machen.

Zuerst lernte er bei einer feinen Privatbank, wie man mit Geld umgeht. Danach sah er sich in der weiten Welt um, studierte Landwirtschaft und machte seinen Doktor. Anschließend gründete er in einer Garage eine Computefirma und verdiente mit elektronischen Spielgeräten ein paar Millionen. Dann ging er in den Bundestag und wurde Chef der FDP-Fraktion.

Als Hermann Otto Prinz zu Solms-Hohensolms-Lich im 40. Lebensjahr in den Bundestag kam, war er daheim der kleine Bruder vom „Fürsten“. Jetzt ist der Mann, der wie ein schüchterner Oberbuchhalter aussieht, unbestritten die Nummer eins der FDP im Deutschen Bundestag – und der Fürst in Lich sein Bruder.

Nicht umsonst hat er, gleich nach seiner Wahl in das Parlament, darauf bestanden, im offiziellen Handbuch und auch in allen Protokollen des Deutschen Bundestages nicht als „Prinz“, sondern als Dr. Solms geführt zu werden.

Es war eine biographische Flurbereinigung, die Rollenverteilung ist klar: Philipp-Reinhard 8. Fürst zu Solms-Hohensolms-Lich, Großgrundbesitzer, Rinderzüchter und Schloßherr bleibt Chef des Hauses und hält den Besitz der Familie zusammen. Er sitzt der „Arbeitsgemeinschaft Deutscher Rinderzüchter e.V.“ vor, der jüngste Bruder der FDP-Fraktion in Bonn. „Er ist der Fürst, ich bin der Doktor Solms.“

Es gab vereinzelte Proteste. Nach deutschem Recht sei der Titel Bestandteil des Namens und könne nicht einfach unterschlagen werden, schrieb ein aufgebrachter Gotha-Kenner.

Und natürlich löste die naheliegende Vermutung, die plötzliche Verwandlung des Prinzen in den Bürger Solms könnte auch ein Stück Karriereplanung gewesen sein, adliges Naserümpfen aus.

Solms hielt den Kritikern eine Expertise entgegen, die der Wissenschaftliche Dienst des Parlaments für ihn angefertigt hatte. Fazit: Im Paß bleibe er selbstverständlich der „Prinz“. Auf der politischen Bühne aber habe er das Recht, wie ein normaler Mensch behandelt zu werden.

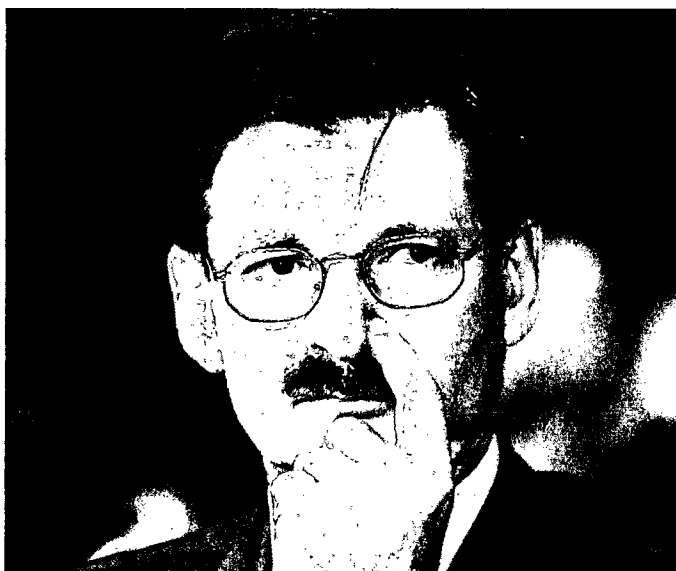
Das eigentliche Motiv verriet der verschwundene Prinz – der „Bescheiden-

heit“ kokett seinen größten Fehler nennt – erst sehr viel später der *Frankfurter Allgemeinen*: Erstens sei der Titel nicht mehr „zeitgemäß“. Zweitens sei es heutzutage „kein Vergnügen, als Prinz herumzulaufen. Das schafft Distanz und Unsicherheit“.

Das klingt wie ein unfreiwilliges Selbstporträt: Distanziert und unsicher wirkt immer noch der FDP-Fraktionsvorsitzende Solms.

Obwohl er als Vormann der Fraktion inzwischen unumstritten ist, zeigt er sich nicht gern im Rampenlicht. Er zieht die Fäden lieber unbemerkt und findet auch deshalb seine Arbeit an der Fraktionsspitze so schön: „Sie entspricht meinem persönlichen Naturell mehr als die eines Ministers.“

Trotzdem beschwert er sich, wenn er sich von den lokalen Zelebritäten zu Hause nicht gebührend beachtet fühlt. Als die Verwaltung der Stadt Gießen, wo Solms eine Zweitwohnung besitzt, 1988 bei ihm per Computerbrief anfragte, ob er Schüler, Student oder Erwerbstätiger sei, schrieb er



FDP-Politiker Solms: Scheu vor öffentlicher Beachtung



Solms-Schloß in Lich: „Er ist der Fürst, ich bin der Doktor Solms“

dem Oberbürgermeister einen „offenen Brief“ zurück: „Man sollte eigentlich annehmen, daß die Stadtverwaltung die wenigen Gießener Bundestagsabgeordneten kennt und deshalb weiß, daß diese nicht Schüler oder Studenten sein können.“

Die Scheu vor öffentlicher Beachtung ist gleichwohl nicht gespielt. Sie entspringt zwar Unsicherheit, ist aber auch, so paradox das klingt, ein Teil seines Erfolgs: Hermann Otto Solms wurde, was er ist, weil niemand ihm zutraute, daß er es je würde werden wollen.

Als er 1985, schon damals völlig überraschend, einer der Stellvertreter Wolfgang Mischicks wurde, hatten die meisten Zeitungsredaktionen kein Foto von ihm. Heute fällt keine wichtige Entscheidung in der Koalition, bevor Solms nicht zugestimmt hat.

Anfangs kannten ihn in Bonn nur die Steuer- und Finanzexperten, weil er in den siebziger Jahren Persönlicher Referent der Steuerexpertin Liselotte Funcke gewesen war. Jetzt mischt er auch in der Außenpolitik mit, als habe er nie etwas anderes gemacht.

Deutschland müsse lernen, mit seiner neuen Rolle als souveräner Staat fertig zu werden, verkündete er forsch und nahm das Parteidenkmal Hans-Dietrich Genscher ins Visier: Schon 1990, mit der Wiedervereinigung, sei diese Neuorientierung fällig gewesen – als Genscher noch die Geschäfte führte. „Es gab keine Problemlösungs-Strategie, man hätte viel früher damit beginnen müssen.“

Nun sei Klaus Kinkel ohne eigenes Verschulden in die Bredouille geraten – nicht nur Genscher verstand den Wink, auch der Koalitionspartner Wolfgang Schäuble freute sich heftig.

Von Solms stammte der tollkühne Plan, den verfahrenen Awacs-Streit um den „Out of area“-Einsatz von Bundeswehrsoldaten durch eine Verfassungsklage klären zu lassen. „Mir war klar, daß ich die Konsequenzen hätte ziehen müssen, wenn das schiefgegangen wäre.“

Es ging nicht schief. Helmut Kohl war tief beeindruckt: „Das werde ich Ihnen nie vergessen.“

Das Verhältnis zu Schäuble ist komplizierter – nicht weil die beiden in zu vielen Fragen unterschiedlicher Meinung wären, sondern weil beider Auffassungen zu ähnlich sind.

Jürgen Möllemanns bissiger Spott, der Fraktionschef sei neben Kohl und Schäuble „die Nummer drei der CDU“,

hat das allgemeine Unbehagen auf den Punkt gebracht und den empfindlichsten Nerv des Doktor Solms getroffen.

Stimmt es denn etwa nicht, daß Solms sich durch seine Koalitions-Schwüre selbst gefesselt hat? Längst wird – natürlich in rufschädigender Absicht, aber nicht ganz fern der Realität – kolportiert, Solms sei für Schäuble viel leichter handhabbar als etwa Kinkel.

Natürlich hat ihn Schäuble beim Awacs-Streit in die Enge und die „Dinge auf die Spitze getrieben“. Das ist noch nicht verziehen. „Vertrauen“, sagt der FDP-Fraktionsvorsitzende, „beruht auf wechselseitiger Berechenbarkeit. Die war in diesem Falle angekratzt.“



Parteifreunde Solms, Lambsdorff
„Mir kommt Verantwortlichkeit zu“

Aber auch dies klingt eher wie ein Ablenkungsmanöver: Angekratzt ist allenfalls das Image des Verhandlungspartners Solms. Wenn der sich im Plenarsaal dem Mann im Rollstuhl nähert, dann sieht das immer noch aus, als komme der Prokurist zum Chef.

Fast alle Parteifreunde haben die Energie und die Entschlossenheit unterschätzt, mit der Solms seit Beginn der achtziger Jahre die Fraktionsführung angepeilt hat. Auch der Parteivorsitzende Otto Graf Lambsdorff, der anderes mit Solms im Sinn hatte.

Der Prinz und der Graf – eine schwierige Beziehungskiste. Politisch liegt Solms auf des Grafen Linie. Es gab jedoch Differenzen in Fragen des politischen Anstands. 1981 verweigerte sich Solms dem Ansinnen, die Parteispenden-Affäre durch eine Amnestie zu be-

enden. Mit seiner Stimme könne man nicht rechnen, teilte er damals Parteichef Genscher mit.

Als die Amnestie 1984, inzwischen regierte Helmut Kohl, wieder auf den Tisch kam, lehnte Solms sie erneut ab. Auch dieses Signal hat der Graf registriert, der kurze Zeit später auf die Anklagebank mußte.

„Diese Affäre und diesen Prozeß hat er nie verwunden“, vermutet sein Parteifreund Detlef Kleinert. „Stellvertretend für die gesamte Partei“ habe er sich auf die Anklagebank gesetzt gefühlt. „Weder Solms noch Kinkel mußten den Kopf hinhalten, von Möllemann ganz zu schweigen. Das prägt auch.“

Vor zwei Jahren hat Lambsdorff noch geglaubt, er könne den in Wirtschafts- und Finanzfragen erfahrenen Solms in das Wirtschaftsministerium abschieben.

Der verließ sich auf den Machtinstinkt der Konkurrenten Möllemann und Irmgard Schwaetzer – und gewann. Weil Möllemann Minister und langfristig Parteichef werden wollte, hatte er kein Interesse daran, der Mitbewerberin Schwaetzer den Fraktionsvorsitz zu überlassen. Er fürchtete, sie würde ihm dort zu mächtig. Also stützte Lambsdorff lieber den Kandidaten Solms, dem er solche Ambitionen nicht zutraute.

Hermann Otto Solms hat ein langes Gedächtnis. Der Graf bekam die Quittung für die mißratene Kabale Anfang Februar. Da nahm der sonst so leise, freundliche Herr mit dem schwarzen Schnäuzer den knorrigen Haudegen vor versammelter Fraktion so frontal an, daß alle sich erstaunt die Augen rieben: Die Fraktion lasse sich nicht länger gängeln; Lambsdorff solle endlich aufhören, die Fraktion jeden Montag nach den Präsidiumssitzungen durch öffentliches Gerede festzulegen.

So etwas hatte selbst der langjährige Parteizeuge Gerhart Rudolf Baum noch nicht erlebt. Streit in der Führungsetage habe es zwar auch früher schon gegeben. „Aber die Führungsleute“, so Baum, „haben sich nie vor der Mannschaft gekloppt.“

Solms nutzte die Gelegenheit, Eigenständigkeit zu beweisen. „Wenn er zu den Eskapaden des Grafen geschwiegen hätte“, sagt der Parlamentarische Geschäftsführer Werner Hoyer, „wäre erkennbar seine eigene Autorität verletzt worden. Das war der Durchbruch.“

So sieht es auch der CDU-Kollege Jürgen Rüttgers: „Solms hat geschafft, was Kinkel noch bevorsteht.“

Der Fraktionschef selbst ist auf der Hut. Aber er ahnt auch, daß Kinkel sein nächster Sparringspartner sein wird.

„Nein“, hat er kurz und knapp auf die Frage geantwortet, ob er selber Nachfolger des Grafen im Parteivorsitz werden möchte.

Er wollte es ebensowenig wie ein Ministeramt. Ständig im Vordergrund zu stehen und die Pfeile auf sich zu ziehen – „das ist nicht mein Naturell“.

Dann aber folgt ein Satz, der fast so bedrohlich klingt, wie sich früher die Sätze eines Herbert Wehner („Ich diene“) anhörten: „Mir kommt in der Übergangszeit eine besondere Verantwortlichkeit zu. Ich muß der Partei den Rücken freihalten.“

Schubladen-Affäre

Verwirrte Art

Neue Rätsel in der Kieler Schubladen-Affäre: Hat Günther Jansen 50 000 Mark allein gezahlt, oder gab es einen weiteren Sponsor für Reiner Pfeiffer?

In der schleswig-holsteinischen SPD streiten die Genossen in einer neuen politischen Disziplin: „Es kämpfen Weißwäscher gegen Anschwärzer“, sagt ein Sozialdemokrat, „das hat fast schon stalinistische Züge.“

Mißtrauen, Argwohn und Zwietracht kennzeichnen seit Wochen die Stimmung unter den Genossen. Seit Sozialminister Günther Jansen, 56, über seine Schubladen-Affäre stürzte und Regierungschef Björn Engholm, 53, wegen seines eigenwilligen Umgangs mit der Wahrheit fiel, gibt es in der Kieler Regierungspartei scheinbar keine Freunde mehr.

Neuen Sprengstoff für die zerrissene Nord-SPD lieferte vergangene Woche deren Landesgeschäftsführer Werner Kindsmüller, 39. Der SPD-Funktionär rückte Jansen öffentlich in den Verdacht, über die Herkunft einer angeblich rein privaten 50 000-Mark-Zahlung an den früheren Medienreferenten und

Barschel-Kronzeugen Reiner Pfeiffer falsche Aussagen gemacht zu haben. Kindsmüller löste damit eine neue Welle von Spekulationen und Fragen aus.

Bei seinem schwerwiegenden Vorwurf berief sich Kindsmüller ausgerechnet auf den ehemaligen Engholm-Referenten Klaus Nilius, 50, der für Jansen als Geldbote fungiert und der über seine Kontakte zu Pfeiffer mehrfach die Unwahrheit gesagt hatte. Nilius und Jansen dementierten sofort und heftig. Jansen: „Alles haltlos“; Nilius: „Reines Mißverständnis.“

Der offene Genossen-Streit ist das jüngste Stück aus dem Kieler Tollhaus, in dem unter führenden Sozialdemokraten nun, wie ein Beteiligter sagt, „das Hauen und Stechen beginnt“. Stichtag war Mittwoch vergangener Woche. Während im Parlament die neue Regierungschefin Heide Simonis gewählt wurde (siehe Kasten Seite 30), ging beim parlamentarischen Untersuchungsausschuß Kindsmüllers Brief-Bombe ein.

Von Nilius habe er erfahren, ließe Kindsmüller den Ausschuß wissen, daß Jansens Spende an Pfeiffer „nicht ausschließlich“ aus dessen Schublade, „sondern auch von einer dritten Privatperson“ stamme. Da Jansen „über die Herkunft der Geldmittel an Pfeiffer keine eidesstattliche Versicherung vor einem Notar abgegeben“ habe, seien seine „anhaltenden Zweifel noch genährt“ worden, schreibt Kindsmüller.

Bereits am 11. März, so Kindsmüller zum SPIEGEL, habe ihm Nilius in einem Gespräch offenbart, Pfeiffers Alimentation stamme „überwiegend nicht von Jansen“. Nilius habe von einem mit Jansen befreundeten Ehepaar als Geldgeber gesprochen, das er namentlich kenne.

Wenn das stimmt, wäre Jansen mit seiner Version, der Pfeiffer-Zuschuß stamme ausschließlich aus seinem Familienetat, erneut der Lüge überführt. „Ich war völlig perplex“, sagt Kindsmüller, „und habe nachgefragt, ob ich das auch richtig verstanden habe.“ Die Antwort von Nilius sei „glasklar“ gewesen



Sozialdemokrat Kindsmüller: „Völlig perplex“

und „überhaupt nicht kryptisch, wie das sonst so seine Art war“.

Kindsmüller unterrichtete Engholm und dessen Krisenberater, darunter Staatskanzleichef Stefan Pelly und den Bundestagsabgeordneten Norbert Gansel, über die Neuigkeiten. Gemeinsam mit dem SPD-Landesvorsitzenden Willi Piecyk fuhr er zu Jansen ans Krankbett und verlangte Aufklärung. In einem Schreiben an Jansen kündigte Kindsmüller schließlich an, sein Wissen „bei einer eventuellen Zeugenvernehmung vor dem Untersuchungsausschuß“ auszupacken.

Alle Aktivitäten produzierten mehr Nebel als Klarheit. Jansen bestritt „empört die Verdächtigungen des Parteiangestellten“ Kindsmüller, das Geld für Pfeiffer sei nicht allein von ihm gezahlt worden. Schon im März habe Kindsmüller versucht, so Jansen, „meinen Rücktritt dadurch zu erzwingen, daß er dieselben falschen Behauptungen gegen mich parteiintern in Umlauf brachte“.

Nilius fühlt sich mißverstanden. Zwar habe er mit Kindsmüller mehrfach auch über die Zahlungen an Pfeiffer gesprochen. Doch habe er „überhaupt keine Zweifel und auch keine anderen Erkenntnisse, daß das Geld von Günther Jansen kommt“. Dies habe er jetzt noch einmal dem Untersuchungsausschuß mitgeteilt.

Kindsmüllers Behauptungen hätten ihn „sehr verstört“, so Nilius zum SPIEGEL, „ich kann es nicht begreifen“. Seine einzige Erklärung: „Wer gegenwärtig mit Schleswig-Holstein telefoniert, hat unheimliche Begegnungen der verwirrten Art.“

Zum Aufklären konnten oder wollten auch andere Eingeweihte des Engholm-Beraterkreises, die vergangene Woche



Sozialdemokrat Jansen: „Alles haltlos“